

## Industriegewerkschaft Chemie, Papier, Keramik

### *Der politische Stellenwert der Betriebsratswahlen 1975*

Die konjunkturellen, die innen- und außenpolitischen Veränderungen und die zunehmende Gefährdung der Arbeitsplätze haben sicherlich — wie Einzeluntersuchungen beweisen — zur Mobilisierung der Arbeitnehmer bei den Betriebsratswahlen beigetragen. Die verstärkte Beteiligung der Arbeitnehmer an den Betriebsratswahlen war besonders ausgeprägt in jenen Branchenbereichen, die zugleich einer Strukturkrise unterworfen sind.

Die fast zur gleichen Zeit in einigen wichtigen Bundesländern durchgeführten Landtagswahlen verliehen den Betriebsratswahlen einen politisch bedeutsamen Stellenwert. Mehr als bei früheren Wahlen hatten die im Bundestag vertretenen Parteien durch Verlautbarungen und Aufrufe auf die Bedeutung der Betriebsratswahlen hingewiesen. Auch die Kirchen schenkten durch Erklärungen und Hirtenbriefe den Betriebsratswahlen große Aufmerksamkeit und forderten die wahlberechtigten Arbeitnehmer auf, christliche Kandidaten zu wählen.

Vereinzelt versuchten auch politische und weltanschauliche Randgruppierungen, durch Flugblätter und Kandidatenlisten punktuell Einfluß auf die Betriebsratswahlen zu nehmen. Besonders traten in einigen Großbetrieben sogenannte unabhängige Arbeitnehmergruppen (Vereinigung unabhängiger Angestellter, freie unabhängige Arbeitnehmer usw.) und sogenannte gewerkschaftliche Oppositionsgruppen auf.

Aber fast alle Versuche parteipolitischer oder kirchlicher Institutionen, die Betriebsratswahlen zielgerichtet zu beeinflussen, blieben ohne Erfolg.

Chaotischen und anarchistischen Sektierergruppen, die in einigen Schwerpunkten massiv auf die Vorbereitung und Durchführung der Betriebsratswahlen Einfluß genommen hatten, wurde eine eindeutige Absage erteilt. Hier hat sich erneut gezeigt, daß die Arbeitnehmer in den Betrieben nicht willens sind, sich vor den Karren politisch obskurer Zielvorstellungen spannen zu lassen.

### *Splittergruppen weit abgeschlagen*

Diese politisch sehr zu begrüßende Haltung der Arbeitnehmer fand sowohl in der relativ hohen Wahlbeteiligung als auch in den Ergebnissen der gewählten Betriebsratsmitglieder ihren Ausdruck.

Obwohl das Endergebnis der Betriebsratswahlen für den Organisationsbereich der IG Chemie, Papier, Keramik noch nicht vorliegt, zeichnet sich schon jetzt nach Auswertung der Einzelergebnisse ein großer Erfolg für die IG Chemie, Papier, Keramik ab. Von den 870 018 Wahlberechtigten machten 684 587 (= 78,7%) von ihrem Wahlrecht Gebrauch. Bei den Betriebsratswahlen 1972 lag die Wahlbeteiligung insgesamt bei 75,6%. Die Wahlbeteiligung der Arbeiter lag mit 79,5 % (1972 = 78,1 %) geringfügig über der der Angestellten mit 77 % (1972 = 76,1 %).

In den 2189 Betrieben wurden insgesamt 15 029 Betriebsratsmitglieder gewählt, 10 401 Arbeitnehmervertreter (davon 1384 weiblich) und 4628 Angestelltenvertreter (davon 848 weiblich). Bei den Arbeitnehmervertretern gehören 9705 = 93,3 % (1972 = 91,8 %), bei den Angestelltenvertretern gehören 3338 = 72,1 % (1972 = 64,7 %) der IG Chemie, Papier, Keramik als Mitglieder an. Insgesamt entfielen somit auf die IG Chemie, Papier, Keramik 13 043 = 86,7% (1972 = 84,08%) Betriebsratsmandate. Obwohl sich die IG Chemie, Papier, Keramik bereits bei der Betriebsratswahl 1972 einen hohen Man-

datsanteil sichern konnte, ist es ihr 1975 gelungen, ihre Stellung weiter auszubauen. Die DAG erhielt insgesamt im gleichen Organisationsbereich 283 Betriebsratsmandate = 1,88 % (1972 = 2,42 %). DHV, VWA, VAA und CGD wurden eindeutig abgeschlagen, ihre Prozentanteile sind kaum mehr hinter dem Komma auszumachen.

#### *Anteil der Frauen in den Betriebsräten noch immer unzureichend*

Die Zahl der weiblichen Betriebsratsmitglieder hat sich im Vergleich zur Betriebsratswahl 1972 um 1,41 % auf 14,85 %, in absoluten Zahlen um 138 Mandate erhöht. Trotz dieser Verbesserung des weiblichen Anteils an der Gesamtzahl der Betriebsratsmitglieder konnte auch bei der Betriebsratswahl 1975 die angestrebte Proportionalität nicht erreicht werden. Die nach wie vor noch vorhandenen, wenn auch geringer gewordenen Vorurteile gegenüber erwerbstätigen Frauen, die weniger ausgeprägten gewerkschaftlichen Aktivitäten, die Doppelbelastungen und vieles andere mehr wirken sich noch immer hemmend auf das gewerkschaftliche und sozialpolitische Engagement der Frauen aus. Hier muß die systematische gesellschaftspolitische Fortbildung der Kolleginnen und die solidarische Mitarbeit der Kollegen Abhilfe schaffen.

#### *Anteil der Ausländer in den Betriebsräten stagniert*

Trotz intensivster Bemühungen war es nicht möglich, die Zahl der ausländischen Betriebsratsmitglieder wesentlich zu verbessern; ihr Anteil blieb bei 2,7 %>. Obwohl mehr Vorschlagslisten von ausländischen Arbeitnehmern als bei der letzten Wahl eingebracht wurden, konnten damit keine größeren Erfolge erzielt werden. Mehr als 80 % der gewählten ausländischen Betriebsratsmitglieder gehören der IG Chemie, Papier, Keramik als Mitglieder an.

Zu schwerwiegenden bzw. erwähnenswerten Auseinandersetzungen zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern ist es im Organisationsbereich der IG Chemie, Papier, Keramik nicht gekommen. In einigen Betrieben mußte bedauerlicherweise festgestellt werden, daß deutsche Arbeitnehmer nur deutsche Kandidaten und Ausländer nur Kandidaten ihrer Nationalität gewählt haben. Es gab auch Anzeichen dafür, daß die schlechte Konjunkturlage und die zunehmende Arbeitslosigkeit ein solches Wahlverhalten begünstigt haben. Dieser, im Ansatz gefährlichen Tendenz muß durch eine verstärkte soziale Integration und Verbesserung der Solidarbeziehungen zwischen ausländischen und deutschen Arbeitnehmern entgegengewirkt werden.

#### *Abgrenzung des Personenkreises leitender Angestellter bereitete Schwierigkeiten*

Bei der Erstellung der Wählerlisten kam es in 25 Verwaltungsstellen zu Schwierigkeiten bei der Abgrenzung des Personenkreises der leitenden Angestellten. In 7 Fällen mußten Beschlußverfahren anhängig gemacht werden, die fast alle zugunsten der von den Wahlvorständen vorgenommenen Abgrenzungen ausgingen. Bei diesen Verfahren wurde erneut bestätigt, daß Unternehmensleitungen allzu leichtfertig Angestellte zu leitenden Angestellten berufen haben, ohne daß diese tatsächlich unternehmerähnliche Funktionen und Kompetenzen ausübten. Nicht selten wurde durch die erhebliche Ausdehnung des Kreises der leitenden Angestellten der Versuch unternommen, Einfluß auf die Zahl der zu wählenden Betriebsratsmitglieder und auf die Freistellungen auszuüben. Die in diesem Zusammenhang gesammelten Erfahrungen sollten alle Gewerkschaften dazu veranlassen, bei künftigen Wahlen auf eine exakte Abgrenzung dieses Personenkreises zu drängen.

*Mehrheits- und gemeinsame Wahl bevorzugt*

Der hohe politische Stellenwert, der von allen Parteien und interessierten Institutionen den Betriebsratswahlen 1975 beigemessen wurde, erweckte den Eindruck, als würden diesmal wegen einer größeren Zahl von Listen mehr Wahlen nach den Prinzipien der Verhältniswahl durchgeführt. Doch dieser Eindruck fand keine Bestätigung. In 1404 Betrieben (= 64,13 % aller Betriebe) wurden die Betriebsräte in gemeinsamer Wahl gewählt. In 1315 (= 60,07%) Betrieben (1972 = 1257 Betriebe) haben die wahlberechtigten Arbeitnehmer ihre Betriebsräte in gemeinsamer Wahl als Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) gewählt. In 784 (= 35,81%) Betrieben (1972 = 845 Betriebe) wählten zwar die Arbeiter und Angestellten in getrennten Wahlgängen ihre Betriebsratsvertreter, aber in dieser Zahl sind 612 Betriebe (= 27,95 % aller Betriebe) enthalten, in denen die Arbeiter und Angestellten in getrennten Wahlgängen nach dem Prinzip der Mehrheitswahl (Persönlichkeitswahl) ihre Vertreter wählten.

Diese Tatsache über die Häufigkeit der verschiedenen Wahlverfahren unterstreicht erneut die Richtigkeit der Forderung der Gewerkschaften, die Mehrheits- und gemeinsame Wahl zum vorrangigen Prinzip des BetrVG zu machen. Die Gewerkschaften werden diese Forderung nicht zurückstellen, denn die Mehrheits- und gemeinsame Wahl ist nicht nur gesellschaftspolitisch dringend geboten, sondern sie würde auch erheblich zur Vereinfachung und Kostensenkung der Wahlen in den Betrieben beitragen, ohne daß den demokratischen Wahlprinzipien Gewalt angetan würde. Die Mehrheits- und gemeinsame Wahl käme auch den faktischen Gegebenheiten der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben entgegen, denn gegenüber der monolithischen Machtstruktur der Unternehmensleitungen können die abhängig Beschäftigten nur dann bestehen, wenn sich ihre Interessenvertretung auf eine breite Vertrauensgrundlage stützen kann.

*Zahl der erstmals gewählten Betriebsratsmitglieder ist beachtlich*

Ähnlich wie bei der Wahl 1972 ist die Zahl der erstmals in die Betriebsräte gewählten Betriebsratsmitglieder beachtlich. Waren es 1972 noch 6714 (= 43,12%) erstmals Gewählte, so reduzierte sich 1975 die Zahl auf 5269 (= 35,05 %). Diese Betriebsratsmitglieder werden ihre Aufgaben nur bewältigen können, wenn sie möglichst bald die von der IG Chemie, Papier, Keramik angebotenen Schulungs- und Bildungsveranstaltungen gemäß § 37 Absätze 6 und 7 wahrnehmen. Dies sollten sie tun, auch wenn die Unternehmer versuchen, diese Bestimmungen des BetrVG restriktiv anzuwenden.

*Nur gut geschulte Betriebsratsmitglieder können bestehen*

Die nunmehr 3jährige Praxis mit dem neuen Betriebsverfassungsgesetz hat gezeigt, daß nur gut geschulte Betriebsratsmitglieder in der Lage sind, die vielfältigen Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte im Interesse der Arbeitnehmer voll zur Anwendung zu bringen. Gerade in der heutigen Zeit, wo eine weltweite Rezession und Strukturverzerrung die Arbeitsplätze nachhaltig gefährden, müssen die Betriebsräte durch volle Ausschöpfung ihrer Rechte zur Stabilisierung der Beschäftigungslage beitragen. Konsolidierungs- und Rationalisierungsmaßnahmen, die häufig zur Erhöhung des Arbeits- und Leistungsdruckes führen, müssen durch Verbesserung der Arbeitsbedingungen (Humanisierung) am Arbeitsplatz und in den Arbeitsstätten aufgefangen werden.

Durch Tarifverträge sind die rechtlichen Möglichkeiten zur Gestaltung der Arbeitsplätze, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsabläufe (§§ 90 und 91 BetrVG) inhaltlich auszufüllen. Auf diesen Bereich müssen die Gewerkschaften tarifpolitisch stärker ihre Aufmerksamkeit richten.

Auch die Personalplanung muß konsequenter von den Betriebsräten aufgegriffen werden. Trotz der relativ schwachen Rechtspositionen müssen die Betriebsräte den not-

wendigen Druck ausüben, denn nicht zuletzt ist die Personalplanung ein geeignetes Instrument zur Verbesserung und Sicherung der Beschäftigungslage. Die IG Chemie, Papier, Keramik hat gerade auf diesem Gebiet eine Fülle von Vorarbeiten geleistet, die von den Betriebsräten genutzt werden sollten.

Gleiches gilt auch für die Gestaltung von Interessenausgleichen und Sozialplänen. Überall dort, wo die Betriebsräte konsequent die rechtlichen Möglichkeiten genutzt haben, konnten viele Arbeitnehmer vor Entlassungen geschützt werden. Trotzdem: Sozialpläne können Arbeitsplätze nicht ersetzen! Deshalb sind zuvor alle Möglichkeiten wahrzunehmen, die zur Erhaltung von Arbeitsplätzen geeignet sind.

#### *Gute Vertrauensleutearbeit trug zum Erfolg bei*

Die Vertrauensleutearbeit hat bei den Betriebsratswahlen entscheidend zum Erfolg der IG Chemie, Papier, Keramik beigetragen. Die Vertrauensleute wählten nach den Richtlinien für die Betriebsratswahlen die Kandidaten und stellten unter Abwägung aller strategischen Gesichtspunkte die Vorschlagslisten auf. Die zwingend vorgegebenen Wahlmodalitäten zur Aufstellung der Kandidaten gewährleisteten eine demokratische Auswahl und schlossen rechtlich mögliche Anfechtungen aus.

Gewerkschaftspolitisch waren die Vertrauensleute umfassend auf ihre Aufgaben vorbereitet worden, so daß sie sowohl organisatorisch als auch politisch den an sie gestellten Anforderungen gewachsen waren.

Die Richtlinien für die Betriebsratswahlen, die sich im großen und ganzen für den innergewerkschaftlichen Auswahlprozeß bewährt haben, werden nach Auswertung der gesammelten Erfahrungen noch praktikabler gestaltet.

#### *Die künftigen Betriebsratswahlen lassen eine stärkere Politisierung erwarten*

Der Verlauf und die Auswertung der diesjährigen Betriebsratswahlen lassen unter Abwägung aller Gesichtspunkte den Schluß zu, daß die künftigen Wahlen eine zunehmende Politisierung erfahren werden. Um so notwendiger ist es, die Vertrauensleutearbeit systematisch zu verbessern. Die Vertrauensleute müssen schon jetzt darauf vorbereitet werden, daß sie sich mehr als bisher mit politischen Gruppierungen auseinandersetzen müssen. Hierauf müssen sie durch qualifizierte und auf die jeweiligen Betriebe abgestellte Schulung vorbereitet werden. Die Gewerkschaften sollten daher schon jetzt mit der sorgfältigen Vorbereitung der nächsten Wahlen beginnen.

*Werner Vitt, stellvertretender Vorsitzender der Industriegewerkschaft  
Chemie, Papier, Keramik*